

Soziale Krise in Mali, Landgrabbing & boats4people: Informationen, Analysen, Interviews // Hrsg. von Afrique-Europe-Interact // Winter 2012/2013 // Nr. 2

## 1 Jahr ist genug

Wir Aktivist:innen und Aktivistinnen aus der malischen Zivilgesellschaft suchen gerade nach neuen Wegen, wie wir auch mit friedlichen Mitteln eine Lösung der Krise mit den Tuareg-Rebellen und den Islamisten im Norden erreichen können. Vor diesem Hintergrund haben wir die Initiative eines »Weißen Marsches« gestartet. Die Idee ist, mit ca. 5.000 Menschen einen friedlichen Protestmarsch vom nordwestlichen Mopti ins 40 km entfernt gelegene Douentza zu machen, der ersten Stadt des besetzten Rebellen-Gebietes. Eine Aktion wie diese hat es seit Beginn der Krise noch nicht gegeben, sie könnte die Öffnung hin zu einer Lösung ohne Krieg sein und die öffentliche Meinung national und international positiv beeinflussen. Es wäre eine Aktivität, die einen wirkungsvollen Spot auf die wahre Realität im Norden werfen würde. Klar ist aber auch, dass es wegen der Risiken einer sehr intensiven Vorbereitung bedarf. Dafür ist es extrem wichtig, enge Verbindungen zwischen den Organisatoren des Marsches im Süden und der Bevölkerung im Norden aufzubauen. Die Bewohner und Bewohnerinnen, die dort geblieben sind und im Widerstand gegen die Unterdrückung der Islamisten stark sein müssen, sind die ersten, die angesprochen werden sollten, wenn es um Kontaktaufnahme mit den herrschenden Islamisten geht. Sie verkehren tagtäglich mit Ansar Dine, Mujao und Aqmi, es sind zum Teil ihre Söhne, Väter, Onkel, Brüder, die für die Islamisten kämpfen, sie sind also Türöffner. Sie sollten somit zu Hauptakteuren der Initiative gemacht und entsprechend gestärkt werden. Es ist sehr wichtig, ihre Realität mit einzu-beziehen, zu gucken, worin sie Unterstützung brauchen, um ihnen Rückhalt zu geben, damit sie zur Aktivität ermutigt werden. Eine weitere Überlegung ist, dass die breite Bevölkerung die islamistischen Scharia-Vertreter nicht als Muslime akzeptiert, da bei malischen Muslimen der Grundsatz eine sehr große Rolle spielt, dass es gegen das islamische Gesetz verstoßen würde, andere zur Religionsausübung zu zwingen. Bei allen Unklarheiten haben wir die Hoffnung, mit solch einem Friedensmarsch gemeinsam von Leuten aus dem Süden und dem Norden Malis neue positive Impulse in die Konfliktdynamik im Norden zu bringen.

Fassery Traoré,  
Movement Sans Voix (Bamako)

**Ö**konomisch stehen viele

Basisinitiativen in Mali mit dem Rücken zur Wand. Wir rufen daher dringend zu Spenden für die Friedensprojekte der malischen Sektion unseres Netzwerks auf!

→ Seite 4



Angehörige verschwundener Bootsflüchtlinge fordern auf dem Platz der Menschenrechte in Tunis mehr Unterstützung seitens der Behörden, 18.12.2011 [Foto: Leona Goldstein]

## «Y en a marre!»

Wie ECOWAS und EU den demokratischen Aufbruch in Mali blockieren

Das Panorama des globalen Widerstands ist zweifellos beeindruckend: Nicht nur in Südeuropa oder der arabischen Welt, auch im Afrika südlich der Sahara haben in den letzten zwei Jahren in mindestens 15 Ländern Massenproteste oder Aufstände stattgefunden – nicht selten unter dem von jugendlichen Demonstrant:innen in Senegal geprägten Slogan »Y en a marre« (in etwa: Das Maß ist voll). Programmatischer Dreh- und Angelpunkt ist hierbei insbesondere die kollektiv geteilte Erfahrung gewesen, wonach neoliberale IWF-Strukturanpassungsprogramme und Freihandelspolitiken in den vergangenen 30 Jahren viele jener Erfolge im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbereich zu nichte gemacht haben, die in den ersten zwei Jahrzehnten nach der Unabhängigkeit mühsam erzielt werden konnten.

Die Mehrheit der Proteste hat es indessen nie ins Zentrum der globalen Aufmerksamkeitsökonomie geschafft, stattdessen wurden etliche von ihnen durch massive Repression erstickt, bisweilen sind sogar externe Akteure auf den Plan getreten. Paradebeispiel für letzteres ist das westafrikanische Mali, wo am 22. März diesen Jahres junge Soldaten den langjährigen Präsidenten Amadou Toumani Touré in einer spontanen Protestaktion zusammen mit großen Teilen der bisherigen politischen Elite buchstäblich aus dem Amt gejagt haben – ursprünglich aus Unzufriedenheit darüber, wie dilettantisch die Regierung mit der von Tuareg und Islamisten im Norden des Landes angezettelten Rebellion verfahren ist (→ S. 3). Was zunächst wie ein drittklassiger Staatsstreich aussah, entpuppte sich rasch als demokratische Renaissance von unten. Denn große Teile der Bevölkerung begrüßten den Putsch als Befreiungsschlag: »Heute beginnen sich die Zungen zu lösen, indem sie den ganzen Gestank

eines Systems enthüllen, welches sich auf Lüge und Plünderung öffentlicher Ressourcen durch eine Minderheit von Betrügnern in Uniform und weißer Krawatte stützt.« Derart eindringlich formulierte es Issa N'Diaye, Philosophieprofessor in Bamako und selber Minister in den ersten 7 Jahren nach der erfolgreichen Überwindung der Militärdiktatur im Jahre 1991. Ob Gewerkschafter:innen, Migrant:innenorganisationen oder Interessenvertretungen der Bauern und Bäuerinnen, allenthalben wurde mit dem vor allem seitens der reichen Industrieländer sorgsam kultivierten Mythos von Mali als so genannter Musterdemokratie aufgeräumt. Oppositionsparteien, freie Presse und eine zivile Regierung sind zwar elementar, so der einhellige Tenor innerhalb der malischen Zivilgesellschaft. Wenn aber Wahlregister hoffnungslos veraltet seien, Stimmen vor Wahllokalen gegen eine Mahlzeit verkauft würden und im Parlament französisch gesprochen würde, eine Sprache, die allenfalls ein Drittel der Bevölkerung adäquat verstünde, dann könne von Demokratie nicht die Rede sein (oder was würde hierzulande passieren, wenn Bundestagsdebatten zum ESM-Rettungsschirm auf englisch abgehalten würden). Hinzu kommen kaum vorstellbare Plünderungen der öffentlichen Kassen, allein ein Drittel der Entwicklungshilfe soll regelmäßig in privaten Kanälen verschwinden, so die Kritiker:innen. Nicht minder skandalös sei die Verschleuderung öffentlicher Güter, beispielsweise der Ausverkauf fruchtbarer Böden an global operierende Investoren (→ S. 3) oder der Umstand, dass Steuern im Minensektor gerade mal 10 Prozent der Nettogewinne ausmachen würden. Zusammen ist das der Grund, weshalb ein großes Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen bereits seit Monaten die Regierung zur Einberufung einer

so genannten »concertation nationale« drängt, einer Art Vollversammlung aller gesellschaftlichen Gruppen, aus deren Mitte die Initiative zu faires, das heißt die Interessen der armen Bevölkerungsmehrheit wirklich berücksichtigenden Wahlen hervorgehen soll.

Und doch: Die Sorge, dass das malische Experiment Schule machen könnte, war bzw. ist zu groß. Das Argument, wonach der Putsch die Demokratie vor dem Zugriff einer kleptokratischen Elite geschützt und nicht etwa untergraben habe, blieb international unerhört. Stattdessen zwang die westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS mit maßgeblicher Unterstützung der EU Mali zur Umsetzung diverser als »demokratisch« titulierter Maßnahmen, unter anderem zur Ernennung des bisherigen, im März ebenfalls geschassten Parlamentspräsidenten Dioncounda Traoré zum neuen Übergangspräsidenten. Die Empörung über derartige, mit Hilfe brachialer Wirtschaftssanktionen durchgesetzter Einmischungen von außen war riesig, zumal Traoré und das von ihm berufene Kabinett bislang keinerlei Anstrengung zur Unterstützung besagter »concertation nationale« unternommen haben. Es dürfte daher auch nicht überraschen, dass große Teile der Bevölkerung derzeit einer ausländischen Militärintervention zur Vertreibung der im Norden des Landes herrschenden Islamisten äußerst skeptisch gegenüberstehen.

Der repressive Umgang mit der malischen Demokratiebewegung ist nur ein Beispiel, mit welcher Bigotterie Europa immer wieder mit seinen eigenen Werten verfährt. Ein anderes ist das fundamen-

tal Menschenrecht auf Bewegungsfreiheit, welches durch die EU in Kooperation mit den Regierungen des Maghreb ebenfalls massiv beschnitten wird. Es ist daher auch keineswegs zufällig, dass Algerien erst jüngst den Bau eines 1,5 Mrd. Dollar teuren High-Tech-Zauns mitten in der Wüste entlang der Grenze zu Mali angekündigt hat – begründet unter anderem mit den zu erwartenden Flüchtlingsströmen Richtung Europa, sollte es in Mali tatsächlich zu Kampfhandlungen mit islamistischen Milizen kommen. Aber nicht nur in der Wüste, auch auf dem Meer werden Flüchtlinge unverändert bekämpft, erwähnt sei nur, dass Ende Oktober 58 Menschen vor Gibraltar ums Leben gekommen sind, obwohl das in Seenot geratene Boot von einem Flugzeug der EU-Grenzschutzagentur Frontex fotografiert wurde.

Die Sorge, dass das malische Experiment Schule machen könnte, war bzw. ist zu groß.

Unser transnationales Netzwerk Afrique-Europe-Interact bringt afrikanische und europäische Aktivist:innen zusammen. Begonnen hat es Anfang 2011 mit der Bamako-Dakar-Karawane für Bewegungsfreiheit und gerechte Entwicklung, seitdem engagieren wir uns schwerpunktmäßig gegen das tödliche EU-Grenzregime in Tunesien und Marokko (→ S. 2) sowie gegen Landgrabbing in Mali. Jenseits dessen unterstützen wir die Bemühungen der malischen Sektion unseres Netzwerks, mittels eines Friedensmarsches nicht nur die Demokratiebewegung in Mali zu unterstützen, sondern auch nicht-militärische Ansätze zur Lösung der derzeitigen Krise im Norden Malis stark zu machen (vgl. nebenstehendes Statement).



Liste mit den Namen von über 16.000 Toten der Festung Europa. Gedenkveranstaltung, Palermo 2011 [Foto: Leona Goldstein]

## Unerwünscht, auch im Transit

### Subsahara-AfrikanerInnen in Tunesien und Marokko

Migration war bis zur Revolution in Tunesien ein Tabuthema. MigrantInnen (sowohl TunesierInnen als auch TransitmigrantInnen aus Subsahara-Afrika) und ihre UnterstützerInnen wurden spätestens seit 2004 kriminalisiert und verschwanden in geheimen Haftanstalten – womöglich einer der Gründe, weshalb Migrationsrouten aus Subsahara-Afrika Richtung EU vor allem über Libyen und Marokko verliefen. Seit den Aufständen und dann dem NATO-Krieg in Libyen begann aber eine massenhafte Flucht aus Libyen in die Nachbarländer.

Tunesien hat 2011 fast eine halbe Million Flüchtlinge aus Libyen aufgenommen. Dabei wurden die LibyerInnen überwiegend in Familien aufgenommen, die von ihren Regierungen meist schnell zurückgeholten ArbeitsmigrantInnen aus Asien in Hotels. Demgegenüber sind Subsahara-AfrikanerInnen – darunter legale „GastarbeiterInnen“ und Studentinnen genauso wie „illegale“ TransitmigrantInnen – fast alle in das am Rande der Wüste gelegene Flüchtlingslager Choucha verbracht worden, das vom UNHCR im Februar 2011 eröffnet wurde und anfangs bis zu 20.000 Menschen umfasste. Die Mehrheit von ihnen wurde in ihre Herkunftsländer wie Mali, Gambia oder Kamerun abgeschoben. Andere riskierten aufgrund der unerträglichen Bedingungen im Lager die lebensgefährliche Überfahrt per Boot nach Europa. Etwa 4.000 stellten Asylanträge, davon wurden inzwischen knapp 2.000 in der EU, Australien, Kanada und den USA aufgenommen (»Resettlement«). Im November 2012 lebten noch über 2.000 Menschen im Lager Choucha. Dass Subsahara-AfrikanerInnen ins Lager mussten und kaum privat aufgenommen wurden, ist einerseits Ausdruck der EU-Migrationspolitik: Durch Einschränkung der Bewegungsfreiheit und militärische Kontrolle soll die Weiterwanderung nach Europa verhindert werden. Andererseits zeigt es auch einen latenten Rassismus in Tunesien: Subsahara-AfrikanerInnen hätten eine »andere Kultur«, seien oft keine Moslems, bräuchten Prostitution, Krankheiten wie AIDS etc. Ein solcher Rassismus wird – ähnlich wie in Europa – durch die Ausgrenzung und Kri-

minalisierung, verstärkt zum Beispiel durch irreguläre Arbeit, verknüpft mit Auseinandersetzungen um Arbeitsplätze und Handelsgeschäfte. So kam es zu Protesten in der lokalen Bevölkerung, als vom UNHCR zu Beginn Jobs im Lager nur an EuropäerInnen vergeben bzw. später lokale MitarbeiterInnen zugunsten der Beschäftigung von Flüchtlingen entlassen wurden. Im Mai 2011 gab es sogar pogromartige Angriffe auf Flüchtlinge, als diese aus Protest eine zentrale Straße blockierten und somit den lokalen Handel lähmten.

Im Lager entstand eine Selbstorganisation der Flüchtlinge, zudem fanden Sit-ins und Proteste statt. Dadurch und mit Hilfe unterstützender Aktionen in Tunesien, aber auch hierzulande konnte immerhin durchgesetzt werden, dass 2011 Flüchtlinge aus Choucha Anfang September 2012 in Deutschland aufgenommen wurden. Aktuell sind die noch in Choucha verbliebenen Flüchtlinge in einer verzweifelten Lage: Der UNHCR versucht, das Lager nach und nach zu schließen, unter anderem durch Einstellung der Versorgung, ohne dass es Lösungen insbesondere für die etwa 300 Menschen gibt, deren Asylanträge abgelehnt oder gar nicht mehr angenommen wurden, darunter auch Flüchtlinge aus Bürgerkriegsländern wie Somalia und Diktaturen wie Eritrea. Zusammen mit in Deutschland angekommenen und in Choucha zurückgebliebenen Flüchtlingen sowie AktivistInnen in Tunesien, Mali und Niger versucht *Afrique-Europe-Interact* deshalb, Druck auf den UNHCR und Regierungen auszuüben, insbesondere für mehr und schnellere Aufnahmen in Europa.

Kontakte bestehen auch zu Subsahara-AfrikanerInnen in Tunis, die berichten, dass ihnen gegenüber nach der Revolution mehr Offenheit entstanden sei, es nun aber erneut schlimmer werde, nicht nur wegen wieder zunehmender Polizeikontrollen und Verhaftungen, sondern auch als Folge der gewalttätigen Aktionen von Salafisten und ihrer islamistischen Moral-Kampagne. Rückschiebungen in Nachbarländer scheint es aber nicht mehr zu geben. Anders in Marokko: Dort sind Razzien und Deportationen an die algerische Grenze wesentliches Mittel ge-

gen »illegale« MigrantInnen, oft auch gegen vom UNHCR anerkannte Flüchtlinge, die keine Aufenthaltspapiere in Marokko bekommen. Marokko wird von der EU als guter Wachhund gelobt, und bei erneuten Fluchtbewegungen (etwa im Sommer 2012 in die spanischen Enklaven Ceuta und Mellila) wächst der Druck aus Europa. Der marokkanische Staat reagiert darauf mit verschärfter Repression gegen MigrantInnen, von denen viele schon seit über 10 Jahren in Marokko leben. Kriminalisierung ihrer Unterstützung bis hin zum Verbot des Transports (vermeintlich »illegaler«) Schwarzer per Bahn, Bus und Taxi sowie rassistische Hetze in den Medien gefährden das Leben von MigrantInnen in den armen Stadtvierteln und in den Wäldern (offizielle Lager wie Choucha existieren in Marokko nicht). Aber es gibt auch zunehmenden Widerstand, unter anderem durch die Gründung der ersten Gewerkschaft von ArbeitsmigrantInnen in Marokko (ODT) und von Selbstorganisationen. Der Koordinator einer dieser Organisationen, Laye Camara, wurde am 21. Oktober mit fadenscheiniger Begründung verhaftet und vor Gericht gestellt. Erst aufgrund internationaler Proteste wurde er vorläufig wieder freigelassen.

Das marokkanische Magazin *Maroc Hebdo* hat jüngst mit einem rassistischen Titelblatt »Le péril noir« (»Die schwarze Gefahr«) heftige Proteste in Marokko ausgelöst: Verrate ausgerechnet ein Land mit islamischer Regierungspartei Prinzipien wie Toleranz und Gastfreundschaft? Früher habe es geheißt, so eine Leserschrift, Marokko sei ein Baum mit Wurzeln in Afrika und Zweigen, die sich nach Europa ausstreckten. Europa habe aber diesen Zugehörigkeitswunsch abgelehnt und den Baum damit seiner Zweige beraubt. Und seine Wurzeln habe es auch nicht mehr, weil es die Tür zur Afrikanischen Union zugeschlagen habe. Es sei also an der Zeit, dass sich das Land wieder darauf besinne, dass es zu Afrika gehöre, statt Schwarze als Fremde abzulehnen! Dem kann fraglos nur zugestimmt werden.

Weitere Infos zu Choucha auf unserer Webseite und unter: [www.voiceofchoucha.wordpress.com](http://www.voiceofchoucha.wordpress.com)

## Tod auf dem Meer

### Transnationale Proteste gegen Frontex & Co

Am 10. Dezember 2012, dem Internationalen Tag der Menschenrechte, erhält die EU in Oslo den Friedensnobelpreis, während sie einen unerklärten Krieg gegen Flüchtlinge und MigrantInnen führt. Über 16.000 Menschen sind seit 1993 Opfer des EU-Grenzregimes geworden, allein 2011 haben über 2.000 Bootsflüchtlinge im Mittelmeer ihr Leben verloren – und das sind nur die offiziellen Zahlen.

Als sich Anfang 2011 mit dem revolutionären Umbruch in Tunesien rund 20.000 *Harragas* (»Grenzverbrecher«) mit Booten auf den Weg Richtung Europa machten und einige Monate später vermehrt Transitflüchtlinge und ArbeitsmigrantInnen aus dem Bürgerkrieg in Libyen folgten, reagierte die EU in der Meerenge vor Sizilien mit einer Verschärfung der Kontrollen sowie dem Einsatz der Grenzschutzagentur *Frontex*. Mehrfach dokumentierte Verweigerungen von Rettungsmaßnahmen gegenüber Schiffbrüchigen belegen, dass das »Sterben lassen« offensichtlich zur EU-Abschreckungsstrategie gehört. Vor diesem Hintergrund wurde *Boats4People* als euro-afrikanisches Kooperationsprojekt im Juli 2012 mit ersten Aktionen gestartet – inklusive eines eigens gecharterten Begleitboots. Zwischen Sizilien, Tunesien und Lampedusa fand auf einer kommerziellen Fähre und in mehreren Hafenstädten eine Serie von Protestaktionen und Pressekonferenzen sowie Versammlungen und Gedenkveranstaltungen statt, an denen auch Aktive von *Afrique-Europe-Interact* in größerer Zahl beteiligt waren.

Die Tour im Mittelmeer diente gleichzeitig als Pilotphase für das interaktive Monitoringprojekt »Watch the Med«. Recherchen und Rekonstruktionen von To-

Vorbereitung des Weltsozialforums 2013. Und weiter: »Die Regierung ist tatenlos, unsere Söhne haben die Revolution gemacht, aber wir haben immer noch keine Ergebnisse über ihren Verbleib. Es wird eine zweite Revolution geben, wenn sich die Situation nicht ändert.«

Als im September 2012 erneut ein Boot kurz vor Lampedusa kentert und 79 tunesische MigrantInnen – darunter auch Kinder – sterben, kommt es kurz darauf in El Fahs, einem der Herkunftsorte der Opfer, zu einem lokalen Aufstand. Es finden Streiks statt und mehrere Polizeistationen sowie das Büro der regierenden Partei werden in Brand gesetzt.

Auf der erwähnten Versammlung in Monastir sprach auch eine malische Aktivistin über die Öffentlichkeitsarbeit ihrer Gruppe zu vermissten MigrantInnen aus dem subsaharischen Afrika. Außerdem wurde eine Organisation der Familien von Verschwundenen in Algerien sowie das »Lost at borders«-Projekt des Netzwerks *Welcome to Europe* an der griechisch-türkischen Grenze vorgestellt. Verabredet wurden eine stärkere transnationale Zusammenarbeit sowie die Beteiligung am 18. Dezember 2012 als globalem Migrationsaktionstag. Am 18.12.1990 wurde die Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller MigrantInnen und ihrer Familienangehörigen von der UN-Vollversammlung angenommen, seit 2000 ist dieser Tag offiziell

von der UNO als Tag der MigrantInnen ausgerufen. Seit einigen Jahren bemühen sich MigrantInnenorganisationen und -netzwerke um eine kritische Aneignung. »We migrate to live, no more deaths, no more missing people« lautet das Motto des gemeinsamen Aufrufs, der auch von Organisationen in Mexiko mitentwickelt

### Wir haben die Revolution für Würde und Demokratie gemacht.



Mütter von Verschwundenen: Protest in Tunis, Juli 2012 [Foto: Hagen Kopp]

desfällen sollen die Grundlage für Strafverfahren gegen die Verantwortlichen schaffen. Darüber hinaus zielt das Projekt auf Echtzeitinterventionen, sobald Boatpeople in Seenot geraten, um deren Rettung zu erzwingen. Das setzt nicht nur ein funktionierendes Notrufsystem und eine entsprechende Ausrüstung der betroffenen MigrantInnen voraus, sondern auch ein handlungsfähiges zivilgesellschaftliches Netzwerk auf beiden Seiten des Mittelmeers, um den notwendigen politischen Druck zu erzeugen.

Mit dem Sturz des Diktators Ben Ali sind in Tunesien zivilgesellschaftliche Akteure wie Pilze aus dem Boden geschossen. Dazu gehören insbesondere die Angehörigen der vermissten und ertrunkenen *Harragas*, die mit Protesten und Demonstrationen nicht nur Aufklärung über das Schicksal ihrer Verwandten und FreundInnen verlangen. Sie fordern gleichzeitig die Abschaffung des EU-Visumsregimes und kritisieren die eigene Regierung für deren Kollaboration mit der EU. »Wir haben die Revolution für Würde und Demokratie gemacht«, formulierte die Sprecherin einer Gruppe tunesischer Mütter von Verschwundenen im Juli 2012 im tunesischen Monastir auf einer internationalen Versammlung zur

wurde. Denn dort verschwinden ebenfalls tausende MigrantInnen auf ihrem Weg in die USA. Viele sterben an den Wüstengrenzen, weil die ungefährlichen Routen abgeschottet sind.

In transnationaler Kooperation soll der Kampf gegen die tödliche Migrationskontrolle auch beim nächsten Weltsozialforum, das im März 2013 in Tunis stattfindet, zu einem zentralen Thema gemacht werden. Zudem ist für Sommer nächsten Jahres eine von *Boats4People* initiierte Karawane für Bewegungsfreiheit durch mehrere tunesische Städte in Planung. Dabei wird es gleichermaßen um die Rechte der (tunesischen) *Harragas* wie auch der (subsaharischen) TransitmigrantInnen gehen, die es gegen das externalisierte – immer weiter in den Süden vorverlagerte – EU-Grenzregime zu verteidigen gilt.

Aktuelle Informationen zur Situation im Mittelmeer finden sich unter anderem auf folgenden Webseiten: [www.ffm-online.org](http://www.ffm-online.org) <https://watchthemed.crowdmap.com> [www.borderline-europe.de](http://www.borderline-europe.de) [www.fortresseurope.blogspot.de](http://www.fortresseurope.blogspot.de) [www.noborder.org](http://www.noborder.org) [www.migreurop.org](http://www.migreurop.org)

Seit 1993 führt die EU an ihren Außengrenzen einen unerklärten Krieg gegen Flüchtlinge und MigrantInnen. Doch das Recht auf Bewegungsfreiheit kann nicht genommen werden, lediglich das Leid wird größer. Allein 2011 sind über 2.000 Menschen im Mittelmeer gestorben – als direktes Ergebnis des militarisierten Grenzregimes.

# Landmonopoly

## Kleinbäuerliche Landwirtschaft unter Druck

Landgrabbing ist in aller Munde – und das zu Recht. Denn der seit 2007 explosionsartig angewachsene Ausverkauf fruchtbarer (Acker-)Böden an Banken, Investmentfonds und Konzerne führt insbesondere im Süden des Globus zu massiven Landvertreibungen von Kleinbauern und -bäuerinnen, FischerInnen und Viehhirten. Dabei findet rund 75 Prozent des Landgrabbing mittlerweile in Afrika statt. Zu den besonders betroffenen Regionen zählt das Office du Niger in Mali – ein äußerst fruchtbares, vom Nigerwasser gespeistes Binnendelta, das sich im Osten und Norden der Stadt Segou 270 Kilometer östlich der Hauptstadt Bamako erstreckt. Bislang sind ca. 98.000 Hektar Land bewässert (im Rahmen von Gravitationsbewässerung, bei der das Wasser ausschließlich über Höhenunterschiede auf die Felder gelangt), möglich wären bis zu 960.000 Hektar, wovon insgesamt rund 700.000 Menschen leben könnten. Ausgerechnet in diesem Gebiet hat die malische Regierung unter Druck der Weltbank und anderer internationaler (Finanz-)Institutionen seit 2003 mindestens 540.000 Hektar Boden verkauft und über weitere 379.000 Hektar Vorverträge abgeschlossen (Stand: Mai 2011), wobei maliweit 2,5 Millionen Hektar zum Verkauf stehen sollen. Schwer begreiflich sind derartige Größenordnungen nicht nur ob des Umstandes, dass die Ernährungssituation in Mali laut Welthungerindex weiterhin als »ernst« einzustufen ist. Hinzu kommt, dass jährlich 150.000 Hektar durch Bodenerschöpfung verloren gehen und dass zudem die Bevölkerungszahl in den nächsten 50 Jahren von heute ca. 15 auf 50 Millionen Menschen anwachsen wird. Konkret ist auf den Flächen vor allem der Anbau von Agrosprit-

pflanzen und Exportgetreide geplant, so wie auch ansonsten der Ausverkauf nach leider üblichen Gepflogenheiten erfolgt: Geheim, das heißt ohne Konsultation der lokalen Bevölkerung, unter Verzicht auf Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen sowie zu grotesk günstigen Konditionen, wozu unter anderem niedrigste Pachtzinsen bzw. Kaufpreise, jahrzehntelange Steuernachlässe (»tax holiday«) und nicht kostendeckende Wassergebühren gehören.

Vor diesem Hintergrund sind im März 2012 mehrere Delegierte der europäischen Sektion von *Afrique-Europe-Interact* nach Mali gereist, um zusammen mit zwanzig malischen AktivistInnen des Netzwerks direkt bzw. indirekt von Landgrabbing betroffene Kleinbauern und -bäuerinnen im Office du Niger zu besuchen. Denn geplant ist, zukünftig bäuerliche Communities im Office du Niger in ihren Landkämpfen politisch und logistisch zu unterstützen, auch deshalb, weil diese eng mit dem Widerstand gegen Haus- und Grundstücksvertreibungen in der Hauptstadt Bamako verknüpft sind. Und zwar unbeschadet dessen, dass durch die aktuelle Krise im Norden Malis die während der Delegationsreise ins Auge gefassten Projekte bislang nur eingeschränkt angegangen werden konnten.

Die Ergebnisse der Delegationsreise sind in einer 52-seitigen Broschüre unter dem Titel »Landgrabbing, Migration, Widerstand« dokumentiert – inklusive zahlreicher Interviews mit Betroffenen. Sie kann gegen eine Schutzgebühr von 3€ unter [nolagerbremen@yahoo.de](mailto:nolagerbremen@yahoo.de) bestellt werden. Weitere Informationen zu Landgrabbing finden sich auf [www.afrique-europe-interact.net](http://www.afrique-europe-interact.net) – samt Links zu weiteren Webseiten.



Versammlung von Afrique-Europe-Interact mit lokaler Bevölkerung in Kourouma – dokumentiert vom lokalen Radio [Foto: Makombe]

## Koloniales Erbe

### Stichworte zum jahrzehntelangen Tuareg-Konflikt im Norden Malis

**Seit militante Islamisten im Juni diesen Jahres die Macht im gesamten Norden Malis erobert haben, sitzt der Schock tief. Denn Salafismus und Fundamentalismus haben bislang im traditionell toleranten, stark von sufistischer Mystik geprägten Islam des westafrikanischen Landes so gut wie keine soziale Basis. Entsprechend groß ist unter der überwiegend muslimischen Bevölkerung der Wunsch, das mit skrupelloser Brutalität durchgesetzte Scharia-Joch baldmöglichst wieder abzuschütteln.**

Gleichwohl sollte hierzulande der seit der Unabhängigkeit 1960 ungelöste Konflikt zwischen Tuareg-Bevölkerung im Norden und Zentralregierung in Bamako nicht aus dem Blick geraten. Denn unstrittig ist, dass die Islamisten – unter ihnen die Al Qaida des Maghreb – ohne den Aufstand der zunächst mit ihnen verbündeten Tuareg-Rebellen nie ein Gebiet von der Größe Frankreichs unter ihre Kontrolle gebracht hätten (vgl. Infobox). Einziges Manko: Geht es in Europa um die Tuareg, die sich selber als *kel Tamaschek* bezeichnen (»Menschen, die Tamaschek sprechen«), sind exotisierende, ursprünglich von westlichen Forschungsreisenden und EthnologInnen in die Welt gesetzte Romantisierungen schnell bei der Hand. Unter Verweis auf ihre indigoblaue Kleidung ist immer wieder von den »blauen Rittern der Wüste« die Rede, von stolzen, mitunter auch angstfreien Menschen, die seit der Kolonialzeit ihre nomadische Freiheit hartnäckig verteidigen würden. Die Wirklichkeit ist indes komplexer, vor allem widersprüchlicher, weshalb das von den laizistischen MNLA-Rebellen Anfang 2012 verkündete Projekt eines unabhängigen Tuaregstaates »Azawad« im Norden Malis auf weitgehende Ablehnung innerhalb der malischen Bevölkerung stößt – und das aus mindestens vier Gründen: Erstens machen die Tuareg allenfalls 32 Prozent der im kärglichen Norden lebenden Bevölkerung aus, in den beiden größten Städten Gao und Timbuktu sogar nur 15 Prozent – es wäre also gemogelt, von einer nationalen Selbstbestimmung der Tuareg zu sprechen. Hinzu komme, dass im Falle Malis historische und koloniale Grenzen zusammenfallen und bereits seit dem Malinke-Reich im 13. Jahrhundert ein multiethnisches bzw. -linguales Zusammenleben in dieser Region kulturell tief verankert ist. Zweitens sind in Mali als einem im Human Development Index der UN auf dem 175. Platz rangierenden Land die allermeisten Menschen von extremer Armut betroffen. Von Diskriminierung zu sprechen, sei insofern irreführend, zumal es nach dem letzten großen Friedensschluss im Jahr 1996 eine Vielzahl handfester Verbesserungen zu-

gunsten des Nordens gegeben hat, auch wenn ein erheblicher Teil der bereitgestellten Gelder durch Korruption innerhalb der maßgeblich von Tuareg getragenen Verwaltung im Norden verloren gegangen ist. Drittens sind die Tuareg minichten die einzigen nomadisierenden ViehhalterInnen gewesen, die nach der Unabhängigkeit Einschränkungen zugunsten sesshafter Kleinbauern und -bäuerinnen erfahren haben, genannt wird in diesem Zusammenhang immer wieder die zahlenmäßig ähnlich große Gruppe der Fulbe, auch bekannt als Fula (englisch) oder Peul (französisch). Viertens sind es insbesondere die beiden großen Dürreperioden 1968 bis 1973 und 1983 bis 1985 gewesen, durch die 80 Prozent der Herden zerstört und somit zahlreiche Tuareg in die Migration nach Algerien, Libyen oder in die Elfenbeinküste gezwungen wurden. Wobei letzteres zu dem paradoxen Effekt geführt hat, so die KriterInnen, dass viele Tuareg nach ihrer Rückkehr Ende der 1980er Jahre Mali immer wieder mit ihren ökonomisch ungleich besser gestellten Gastländern verglichen und aus der offenkundigen Differenz eine Diskriminierung der Tuareg abgeleitet haben.

Vieles spricht also dafür, die tieferen Ursachen für den neuerlichen Tuareg-Aufstand nicht in gegenwärtigen Diskriminierungen zu suchen, sondern in der für beide Seiten oftmals leidvollen Konfliktgeschichte selbst, vor allem in ihren frühen Anfängen. Konkreter: Als 1960 auf dem Territorium des ehemaligen französischen Kolonialreichs unter anderem Mali, Niger und das heutige Burkina Faso die Unabhängigkeit erlangten (gemäß der im Anschluss an die Kongo-Konferenz 1895 in Berlin schrittweise erfolgten Grenzziehungen im kolonial beherrschten Afrika), sahen sich die Tuareg mit einer nationalstaatlichen Zerstückelung ihres bisherigen Siedlungs- und Wandergebiets konfrontiert. Es war insofern nur folgerichtig, dass viele von ihnen jede Form der Kooperation mit dem jungen malischen Staat verweigerten, zumal dieser rasch Gesetze erließ, die nicht nur die nomadische Viehwirtschaft durch Steuern, Ausfuhrzölle und weitere Maßnahmen erschwerten, sondern auch die kastenförmig-feudalen Strukturen der damaligen Tuareg-Gesellschaft ausdrücklich in Frage stellten. Aber auch umgekehrt existierten erhebliche Vorbehalte. Erwähnt sei insbesondere, dass die Sklaverei in den französischen Kolonien zwar 1905 offiziell verboten wurde, schwarze Sklavinnen bei den Tuareg aber noch im Jahre 1960 vollkommen üblich

waren. Insgesamt hat dies in der Phase der Staatsgründung zu einer Spirale wechselseitiger Bezeichnungen geführt, so der Historiker Baz Lecoq. Danach hätte die neue Regierung in Bamako die Tuareg »als weiße, anarchistische, feudale, faule, Sklaverei-befürwortende NomadInnen mit Zivilisierungsbedarf« betrachtet, während die malischen PolitikerInnen in den Augen der Tuareg-Elite lediglich »schwarze, inkompetente, unzuverlässige, machtgierige und getarnte Sklaven« gewesen seien. Es konnte daher kaum überraschen, dass es 1962 erstmalig zum Aufstand gekommen ist, der allerdings auf äußerst brutale Weise niedergeschlagen wurde.

Ein Muster, das sich fortan regelmäßig wiederholen und zwischen 1992 und 1994 förmlich eskalieren sollte, nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass im damaligen Konfliktgeschehen der noch heute gültige Sachverhalt eine zentrale Rolle gespielt hat, dass ehemalige Sklavinnen bzw. ihre Nachkommen – die so genannten Iklans (Tameschek) oder Bellah (Songhai) – die unterste Kaste innerhalb der Tuareg-Gesellschaft bilden.

Und doch: So leidvoll die Auseinandersetzungen insbesondere für die jeweiligen Zivilbevölkerungen gewesen sind, sie enthalten auch positive Beispiele, insbesondere die Jahre 1994/1995, als zivilgesellschaftliche Akteure von beiden Seiten unter Umgehung der malischen Armee sowie der Rebellenführung der Tuareg relativ rasch Friedensgespräche einführten, die sodann im März 1996 in die große Waffenverbrennung von Timbuktu – der »flamme de la paix« – einmündeten. Erfahrungen wie diese sind es daher, welche die zaghafte Hoffnung

### Eskalation des Konflikts nach Erlangung der Unabhängigkeit 1960

der malischen Sektion von *Afrique-Europe-Interact* begründen, dass die aktuelle Doppel-Krise nicht nur mit den Tuareg, sondern auch mit Teilen der Islamisten einvernehmlich, das heißt im Dialog gelöst werden könnte. Denn Fakt ist, dass viele Menschen angesichts der ohnehin äußerst prekären Lage große Sorge vor einer unkontrollierten Eskalation des Konflikts haben. Entsprechend stark ist der Wunsch, dialogorientierte Lösungen zumindest nicht unversucht zu lassen, auch wenn die Erfolgchancen als gering erachtet werden, selbst mit Ansar Dine (»Verteidiger des Glaubens«), die als größte der drei islamistischen Gruppen im Norden derzeit an Verhandlungen beteiligt ist (→ Interview S.1).

Dieser Text ist eine Einladung zum besseren Verstehen, vertiefende Artikel unter: [www.afrique-europe-interact.net](http://www.afrique-europe-interact.net)

**D**er aktuelle Konflikt im Norden Malis spitzt die ohnehin bestehende Dauerkrise des Landes abermals zu.

Besonders dramatisch ist die Zerstörung kleinbäuerlicher Existenzgrundlagen – ob durch IWF, WTO oder Klimawandel. Um so wichtiger ist die Unterstützung kleinbäuerlicher Kämpfe – gegen korrupte Lokaleliten genauso wie global player.

### Mali: Chronologie einer Dreifachkrise

**Am 17. Januar 2012** griffen aus Libyen zurückgekehrte Tuareg-Söldner der neu gegründeten Tuareg-Organisation MNLA die malische Armee im Norden des Landes an und starteten somit die vierte Tuareg-Rebellion nach 1962-1964, 1990-1995 und 2002-2007. Die Aufständischen erhielten von Anfang an Unterstützung durch drei islamistische, überwiegend international zusammengesetzte Milizen, wobei die größte der Gruppen, Ansar Dine, von dem früheren Tuareg-Führer Iyad Ag Ghaly aus Mali gegründet wurde.

**Am 22. März 2012** stürzten einfache Soldaten die Regierung in Bamako – mit ausdrücklicher Unterstützung breiter Bevölkerungsteile (→ S.1). Inwiefern die dadurch entstandene Unübersichtlichkeit die Rebellion militärisch begünstigte, ist umstritten. Doch Fakt ist, dass die MNLA in den Wochen danach den gesamten Norden des Landes rasch eroberte und am **6. April** die unabhängige Republik »Azawad« ausrief. **Am 28. Juni** wurde die MNLA indes von den drei

konkurrierenden islamistischen Gruppen besiegt, die seitdem ein äußerst brutales, von der Bevölkerung nahezu einhellig abgelehntes Scharia-Regime in den nördlichen Provinzen errichtet haben. **Am 11. November 2012** hat die westafrikanische Wirtschaftsunion ECO-WAS beschlossen, Truppen zur Rückeroberung des Gebiets zu schicken, eine Intervention wird aber nicht vor **Mitte 2013** erwartet.

Seit Beginn der Auseinandersetzungen sind knapp 500.000 Menschen geflüchtet, außerdem hat sich die ohnehin angespannte Ernährungslage extrem zugespitzt. Ein weiterer Faktor ist, dass Tuareg-Rebellen wie Islamisten massive Unterstützung aus dem Ausland erhalten, erstere von Burkina Faso, Mauretanien, Frankreich und den USA, letztere von Algerien, dem Emirat Katar sowie islamistischen Verbündeten. Neben ideologischen und geostrategischen Interessen dürften dabei auch umfangreiche Ölreserven im Norden Malis eine wichtige Rolle spielen.

## Nach der Abschiebung

Abgeschobene stoßen auf viele Probleme. Die Regierung betrachtet uns als VerräterInnen. Viele landen nach der Abschiebung erst mal im Gefängnis – auch mir erging es so. Außerdem stehen sie nach der Abschiebung mit leeren Händen da, sie konnten nicht mal Gepäck und Kleidung mitnehmen. Durch den Schmerz über das Verlorene sind viele traumatisiert. Sie müssen die ganze Zeit grübeln, viele werden darüber verückt und krank. Viele trauen sich nicht zu ihren Familien, denn diese reagieren oft in der Art »Du hast nicht an uns gedacht, während du in Europa warst«. Dann müssen sie ihre alten FreundInnen um Geld bitten. Oder sie haben in Europa etwas gespart und müssen feststellen, dass die Angehörigen das Geld rausgeworfen haben. Manche gehen daran zu Grunde, dass man sie aufgegeben hat, und sterben oder nehmen sich das Leben. Es gibt auch diejenigen Abgeschobenen aus Sokodé, die aus Scham vor der Familie in Lomé bleiben. Sie schlagen sich am Hafen mit kleinen Jobs durch. Bei uns im Norden dagegen gibt es ohnehin kaum Verdienstmöglichkeiten und erst recht nicht für Abgeschobene.

## Um hier zu leben, braucht man viel Hoffnung und Glauben.

Mit dieser Einstellung wollen wir den Menschen ein Beispiel geben. Als wir nach Dakar zum Weltsozialforum gefahren sind, haben wir *Afrique Europe Interact* als großartiges Netzwerk kennengelernt, die Arbeitsgruppen waren sehr inspirierend. Zusammen mit Menschen, die sich in die Lage von Abgeschobenen hineinversetzen, einen Aktionsplan für die Menschenrechte zu entwickeln, ist für uns sehr wichtig. Auch Tiere migrieren, sie gehen dorthin, wo sie das finden, was sie brauchen. Warum sollten Menschen das nicht tun? Wenn wir unsere Probleme richtig artikulieren wollen, dürfen wir nicht passiv bleiben und uns grämen, sondern müssen uns organisieren. Im Sinne des Sozialforumsmottos »Eine andere Welt ist möglich« – eine Welt, wo Gerechtigkeit herrscht und es keine Ungerechtigkeit mehr gibt. Als ATE wollen wir jetzt Landwirtschaft, Viehzucht und Gemüseanbau betreiben. Das würde Arbeit und Einkommen für unsere arbeitslosen Mitglieder ermöglichen, die sich bisher unter miserablen Bedingungen durchschlagen, indem sie an den Bushaltestellen Hilfsarbeiten für die Fahrer erledigen oder Kohlsäcke schleppen.

**Ouro Issaka** von der Assoziation der Abgeschobenen Togos (ATE) unterstützt Abgeschobene in Sokodé im Norden Togos

## Oury Jalloh in Afrika

Wir spielen das Theaterstück über Oury Jalloh schon sehr lange und haben es bereits an zahlreichen Orten und in unterschiedlichen Ländern wie Mali, Senegal, Guinea und Burkina Faso aufgeführt. Am Anfang hatten wir etwas Schwierigkeiten, da die Leute das Stück nicht verstanden haben. Einige dachten, es sei eine von uns erdachte und zusammengestellte Geschichte, um die Menschen davon abzuhalten, nach Europa zu gehen. Andere begriffen es als Komödie. Unabhängig davon, dass das Ende des Stückes eine Rede ist, in der wir die Geschichte Oury Jallohs nochmal verbalisieren, treten wir zusätzlich nach jeder Aufführung mit dem Publikum in Kontakt, um ihnen zu verdeutlichen, dass es sich um eine wahre Begebenheit handelt und welche Gefahren illegale Immigration bergen kann. Wir berichten ihnen aber auch von den Kämpfen für Bewegungsfreiheit und Bleiberecht und davon, dass die Täter immer noch nicht zur Rechenschaft gezogen wurden. Am Ende vieler Aufführungen begannen die Leute, es zu verstehen. Sie fragten uns sogar nach einem medialen Mitschnitt, um es sich erneut anzusehen und einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Einer unserer Leute, Ousmane Diarra, hat in Deutschland die Kämpfe der *Oury-Jalloh-Initiative* gesehen und uns davon berichtet, über die Schwierigkeiten und über das Zusammentreffen mit Mouctar Bah und Abraham.

## Die Erzählungen wecken ein Gefühl der Empörung,

aber in uns Künstlern, AktivistInnen wecken sie auch ein Gefühl des Trostes, zu wissen, dass Brüder und Schwestern in Europa für die gleiche Sache kämpfen, Gewalt und willkürlichen Mord an den Pranger stellen. Wir spielen dieses Theaterstück, um dieses Sicherheitssystem zu verurteilen, was die Menschenrechte verspottet. Es geht uns nicht darum, Oury Jalloh wieder lebendig zu machen, sondern darum, dass sich Fälle wie dieser nicht wiederholen, dass Afrikaner es nicht als Lösung begreifen, illegal nach Europa zu migrieren, dass wir uns jenseits dieses Rassismus weiter entwickeln können. Für uns ist Oury Jalloh Symbol aller Diskriminierungen und Rassismus auf der ganzen Welt, welchen es zu überwinden gilt. Und wir spielen das Stück weiter; am 06.01.2013 bei unserem Festival »Welt ohne Grenzen«.

**Das KünstlerInnenkollektiv Fasokele** hat sich 2011 an der Bamako-Dakar-Karawane beteiligt und lebt inzwischen in Burkina Faso.

## Gegen Lager & Uranabbau

Ich bin Flüchtling aus dem Niger und bei *The Voice Refugee Forum* aktiv, die das *Break Isolation-Camp* organisiert haben. Dort habe ich Leute von AEI (*Afrique-Europe-Interact*) kennengelernt und ich schaue gerade, was ich als afrikanischer Aktivist bei AEI tun könnte. In meinem Land verseuchen Konzerne aus Europa wie AREVA die Umwelt, zum Beispiel mit Uranabbau, während die Bevölkerung sehr arm ist. Die heutige Generation sieht das klar: Seit 50 Jahren werden unsere Ressourcen weggenommen und wir in der Scheiße zurückgelassen. Wir wollen das nicht mehr. Wir sind dabei durchzusetzen, dass die Profite zu einem großen Teil der armen Bevölkerung zu gute kommen, besonders auch für Gesundheit wegen all der starken Radioaktivität bei uns. Eine Unterstützung dieser Kämpfe in Afrika ist für mich wesentlich, aber zuerst muss ich dafür kämpfen, aus diesem Scheiß-Lager heraus zu kommen. Wir müssen wegen der von Europa verursachten Probleme aus Afrika hierher fliehen und dann erkennen sie noch nicht mal unsere Rechte an. Wenn du wie ich seit zehn Jahren in Deutschland bist, wenn du dein Land verloren hast, wenn du nichts hast und immer eingeschränkt mit der Residenzpflicht bist, ich selbst musste 800 Euro Strafe für eine einzige Reise bezahlen,

## dann geht das gar nicht, das ist mentaler Terrorismus!

Deshalb bin ich sehr stolz, dass ich angefangen habe, für meine Rechte zu kämpfen. Wir haben eine Demo gegen das Lager in Bitterfeld organisiert, wo ich leben muss. Nun – wenn ich mir die Organisationen der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen betrachte, die hier für die Flüchtlinge kämpfen, und das Netzwerk AEI, das mehr in Afrika politisch aktiv ist, dann möchte ich mich gern für beides einsetzen. Und mich selber befreien, um etwas dafür tun zu können, damit alle Menschen, die solch unakzeptable Bedingungen in ihrem Leben haben, einen Ausweg finden – sei es in den Lagern hier oder im Niger. Ich glaube, jetzt im 21. Jahrhundert ist der Moment, es braucht eine neue globale Generation, um gemeinsam aktiv zu werden, in Europa wie Afrika, wo alle Leute eine gemeinsame Stimme finden und fähig werden, den Gang der Geschichte bei sich zu verändern. Das finde ich sehr wichtig und ich bin bereit, mich dafür herzugeben.

**Ouramou Hamani Ousman** lebt seit 2002 in Bitterfeld/Sachsen-Anhalt



Zum Abschluss des Flüchtlingsmarsches von Würzburg nach Berlin demonstrierten am 13.10.2012 mehr als 5.000 Menschen in Berlin [Foto: Umbruch Bildarchiv]



Während der Bamako-Dakar-Karawane führten europäische und afrikanische AktivistInnen die Lebensgeschichte von Oury Jalloh als Theaterstück auf [Foto: Leona Goldstein]



Hungerstreik in Berlin gegen Charter-Abschiebungen von Flüchtlingen aus Togo und Kamerun, Juni 2004 [Foto: fadl/Umbruch Bildarchiv]

### ÜBER DAS NETZWERK

Afrique-Europe-Interact (AEI) ist ein kleines, transnational organisiertes Netzwerk, das Ende 2009 gegründet wurde. Beteiligt sind BasisaktivistInnen u.a. aus Mali, Burkina Faso, Togo, Deutschland, Österreich und den Niederlanden – unter ihnen zahlreiche selbstorganisierte Flüchtlinge, MigrantInnen und Abgeschobene. AEI kritisiert einerseits die repressive EU-Migrationspolitik, andererseits sollen die strukturellen Hintergründe von Flucht und Migration und somit die Forderung nach gerechter bzw. selbstbestimmter Entwicklung ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt werden – AEI kooperiert deshalb auch mit bäuerlichen Communities in Mali. In Europa gibt es lokale AEI-Gruppen z.Zt. in Bremen und Wien, im Rahmen einer Boats4People-Gruppe auch in Berlin.

**WWW.AFRIQUE-EUROPE-INTERACT.NET**  
HTTP://TWITTER.COM/AE\_INTERACT

**KONTAKT**  
AEI-Europa: nolagerbremen@yahoo.de  
AEI-Wien: aei-wien@gmx.de  
AEI Mali: expulsesmaliensbasta@yahoo.fr

**TELEFON** 01578 / 485 29 21

### AKTIVITÄTEN

**18. Dezember 2012** Unter dem Motto **WE MIGRATE TO LIVE. NO MORE DEATHS, NO MORE MISSING PEOPLE!** werden rund um den Globus an diesem Tag Aktionen stattfinden. AktivistInnen von Afrique-Europe-Interact & Boats4People werden ebenfalls mehrere Veranstaltungen und Aktionen durchführen, u.a. mit AktivistInnen aus Tunesien bzw. aus Genf und London: **17.12.** um 19:30 Uhr im Protestzelt am Oranienplatz/Berlin; **18.12.** um 19:00 Uhr im Cafe KoZ/Frankfurt; **19.12.** um 19:30 Uhr im K-Fetsch/Berlin; **20.12.** um 19:00 Uhr in der W3/Hamburg | Mehr Infos unter: [www.afrique-europe-interact.net](http://www.afrique-europe-interact.net)

**Februar 2013** 3-tägiger Friedensmarsch von Mopti nach Douentza (Mali) unter dem Motto »1 Jahr ist genug« – begleitet von Solidaritätsaktionen in Europa

**März 2013** Besuch ländlicher Communities in Mali durch AktivistInnen von Afrique-Europe-Interact – inklusive Aktionen in Europa

**März 2013** Info-Tour zu Bewegungsfreiheit und Migration durch Tunesien im Vorfeld des Weltsozialforums in Tunis

### TIP

Afrique-Europe-Interact kooperiert eng mit dem Netzwerk »Welcome to Europe«, an dem BasisaktivistInnen unter anderem aus Afghanistan, Eritrea und Somalia sowie zahlreichen europäischen Ländern beteiligt sind. Welcome to Europe unterstützt Flüchtlinge und MigrantInnen auf ihrem Weg nach bzw. durch Europa – u.a. mit einem viersprachigen Webguide (engl./franz./farsi/arab). Zudem ist Welcome to Europe im Kampf gegen Dublin II-Abschiebungen aktiv.  
<http://infomobile.w2eu.net>

### IMPRESSUM

**Hrsg.** Afrique-Europe-Interact // **Unterstützung** Diese Zeitung wurde von der Stiftung Nord-Süd-Brücken sowie vom Europäischen BürgerInnenforum (BRD) gefördert // **Bilder** Leona Goldstein, Hagen Kopp, Makombe, Umbruch Bildarchiv // **AutorInnen** Olaf Bernau, Hans-Georg Eberl, Dorette Führer, Conni GunnBer, Hagen Kopp, Julia Friese // **Gestaltung** Laura Maikowski, [www.bildargumente.de](http://www.bildargumente.de) // **V.i.S.d.P.** Olaf Bernau, c/o St. Pauli-Str. 10-12, 28 201 Bremen //

### SPENDEN & SOLIDARITÄT

Afrique-Europe-Interact ist für seine alltägliche (ausschließlich ehrenamtliche) Arbeit auf regelmäßige Spenden angewiesen – ob als monatlicher Dauerauftrag oder einmalige Unterstützung! Denn nicht nur politische Intervention geht mit Ausgaben einher. Auch praktische Solidarität ist gefragt, einfach weil viele BasisaktivistInnen in Mali bzw. Westafrika ökonomisch mit dem Rücken zur Wand stehen. Derzeit sammeln wir für folgende Aktivitäten Geld: **Erstens** für einen Friedensmarsch der malischen Sektion unseres Netzwerks; **zweitens** für die Unterstützung von je einer Basisinitiative in Mali und Togo (ökologische Fischzucht in Bamako sowie Anschaffung einer Ziegenherde durch die Assoziation der Abgeschobenen Togos in Sokodé); **drittens** für unsere Projekte gegen Landgrabbing – inklusive Weiterentwicklung des Kontaktes zu zwei Dörfern im Office du Niger/Mali; **viertens** für eine Info-Karawane in Tunesien im März (genauere Infos zu den Aktivitäten und zum Spendenstand finden sich auf unserer Webseite).

Spenden sind steuerlich absetzbar! SpenderInnen erhalten als Dankeschön jeweils unsere neuesten Druckerzeugnisse bzw. Film-DVDs per Post zugeschickt (bitte Adresse nicht vergessen).

**UNSERE KONTOVERBINDUNG**  
**Name** Globale Gerechtigkeit e.V.  
**Kontonummer** 2 032 237 300  
**Bank** GLS Gemeinschaftsbank  
**BLZ** 430 609 67  
**IBAN** DE67 4306 0967 2032 2373 00\*  
**BIC** GENODEM1GLS  
**Oder online per Lastschriftzug**